



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: KBA/02/2023
Sitzungsdatum: Dienstag, 14.03.2023	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:41 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	ab 16:05 Uhr
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	3
2. Sachstandsbericht MKKD	3
3. Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referates für Kultur und Bildung im Jahr 2022 (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0109/23	5
4. Weiternutzung der Räumlichkeiten Tränktorkaserne 6-8 als städtische Galerie . Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP / JU vom 04.06.2020 Vorlage: V164/20	6
. Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0141/23	7
5. Marieluise Fleißer, 50. Todestag 2024 . Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.02.2023 Vorlage: V0131/23	9
. Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0147/23	9
6. Kriminalprävention in Planung, Bau und Betrieb von Kitas und Schulen . Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 18.03.2022 Vorlage: V0255/22	12
. Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Gero Hoffmann) Vorlage: V0150/23	13
7. Sanierung und Erweiterung der bestehenden Grundschule Haunwöhr, Habsburgerstraße 15 in Ingolstadt - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0192/23	14
8. Namensgebung Neubau am Kavalier Dalwigk . Antrag der FW-Stadtratsfraktion vom 03.02.2023 Vorlage: V0136/23	24
. Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld) Vorlage: V0154/23	25
9. Ergebnis des Ideenwettbewerb zur Namensfindung für das ehemalige Gießereigelände (Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld) Vorlage: V0155/23	26

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Kultur und Bildung ist damit beschlussfähig.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung).

Öffentliche Sitzung

1 . **Aktuelle Information zum Kulturgesehen**

Das aktuelle Kulturgesehen sei wieder in der Kulturtüte zusammengestellt worden, informiert Herr Engert und weist auf ein Buch hin, dass eine Werkschau bzw. eine Retrospektive der Arbeiten der Ingolstädter Künstlerin und Filmemacherin Helga Fanderl sei. Dieses Buch sei vom Referat IV unterstützt worden, weswegen man einige Exemplare bekommen habe. Des Weiteren sei in der Kulturtüte u. a. das Programmheft der Literaturlage enthalten, welche Herr Engert sehr am Herzen liegen.

Kenntnisnahme

2 . **Sachstandsbericht MKKD**

Die Baustelle laufe nach wie vor sehr schnell und zügig, betont Herr Hoffmann. Die anstehenden Arbeiten seien bautechnisch nun viel leichter zu beherrschen, als die Arbeiten, die man noch vor Monaten mit der Gründung beendet habe. Man sei dabei, wieder einen umfangreicheren Bericht mit aktuellem Terminplan zu erstellen, und man werde diesen im nächsten Sitzungslauf vorlegen. Im Vorfeld werde auch wieder eine Baustellenbesichtigung des MKKD stattfinden. Herr Hoffmann geht auf die Präsentation ein, die dem Protokoll als Anlage beiliegt. Danach beschreibt er einige Details, wie zum Beispiel den Bogen innerhalb der ursprünglichen Fundamente im Untergeschoss, der leider ausbetoniert werden musste, weil man ihn vorab nicht kannte. Hier hätte man Technikleitungen führen können, die nun an der Stelle durch einen Durchbruch geführt würden. Solche unvorhersehbaren Vorkommnisse seien einer der Gründe, warum es immer wieder zu Zeitverzögerungen komme. Außerdem habe man im Bereich der Gründung mit Bohrpfählen immer wieder Kontrollen durch den Statiker abwarten müssen. Dieser war pro Woche mehrfach auf der Baustelle anwesend. Der schwierige Bereich der Gründung und Umlagerung habe mehr Zeit in Anspruch genommen, als man gehofft und vom Projektsteuerer gesagt bekommen hatte. Ein weiterer Grund für Zeitverzögerungen läge im Bereich der Auflager der Decken über dem Erdgeschoss. Diese sollten nach Angaben der Baufirma ursprünglich maschinell geschaffen werden. Von Seiten des Denkmalschutzes und aufgrund der Qualität des Mauerwerks sei das jedoch nicht gegangen. Deswegen müsse das Auflager nun in mühevoller Handarbeit herausgeklopft werden. Die Planer, die Rohbaufirma und auch Herr Hoffmann selbst, habe den Abschluss der Arbeiten, wie z. B. die knifflige Umlagerung, die bautechnischen Fragestellungen, wie die Einbindung der Decke oder der Ausbau des Hilfstragwerks im Bereich des Daches, an dieser

Stelle unterschätzt. Die Dachbinder, die aktuell das Dach trügen, müssen nun wieder entfernt und stattdessen die historischen Stützen eingebaut werden. Allerdings sei festgestellt worden, dass, solange die neu betonierte Decke nicht komplett ausgehärtet sei, diese auch nicht mit dem vorgesehenen Gerät befahren werden könne. Dazu müsste die Decke im Bereich darunter ausgebolzt werden, was wiederum dazu führe, dass dort niemand arbeiten könne. Eigentlich hatte man aber damit gerechnet, dass die Haustechnik im Untergeschoss bereits installiert werden könne. Diese Gründe führten dazu, dass eine Inbetriebnahme erst entsprechend später im Jahr 2024 möglich sei. Dazu käme noch eine Inbetriebnahme-Phase von sechs Monaten, in dem der Aufbau der Ausstellung inkludiert sei. Jedoch könne das Museum aus der Tränkorkaserne erst in das neue Gebäude einziehen, wenn die Lüftung ein paar Wochen stabil gelaufen sei. Diese Zeit komme deswegen noch hinzu. Aktuell laufe die Neufixierung der Termine mit den beauftragten Firmen und weitere Gespräche mit den Architekten, informiert Herr Hoffmann und betont, dass man versuche, dass Ganze soweit wie möglich, zu beschleunigen. Ein neuer Terminplan solle im nächsten Sitzungslauf vorgestellt werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bedauert die Verzögerung der Fertigstellung. Sie erinnere sich an ihre Worte am Neujahrsempfang des Freundeskreises im Januar, dass das der letzte Neujahrsempfang in der Tränkstorstraße sein werde. Damals habe sie bei den Zuhörern eine gewisse Skepsis gespürt, dass das neue MKKD wirklich zum geplanten Zeitpunkt eröffnet werde. Die Bauzeitverlängerung werde sicherlich auch eine Kostensteigerung bedeuten.

Die Kosten habe man sicher bereits angesehen, ergänzt Herr Hoffmann an Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll gerichtet. Wenn man länger baue, habe man derzeit immer mit Mehrkosten zu rechnen. Er habe bereits mehrfach berichtet, dass man mit den Folgegewerken, die bereits unter Vertrag seien, an den Baupreisindex gekoppelt sei. Dieser steige zwar noch insgesamt, aber mit einer deutlich abgeflachten Kurve, berichtet Herr Hoffmann. Im Moment würden bei Vertragsschluss der Folgegewerke mit ca. 55 Mio. Euro gerechnet werden. Man müsse wohl auch 2,5 oder 3 Mio. Euro aufgrund längerer Standzeiten oder der Verlängerung der Wasserhaltung, einplanen. Allerdings seien diese Zahlen noch sehr wage. Es ist klar, dass eine ergänzende Projektgenehmigung gestellt werden müsse, welche so schnell wie möglich erarbeitet werden solle.

Die Tränktorkaserne werde mindestens so lange zur Verfügung stehen wie sie zu Museumszwecken benötigt werde, erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Herr Engert bestätigt die Aussage von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll über die Verfügbarkeit der Tränktorkaserne für das Museum für konkrete Kunst. Die Stadt Ingolstadt könne den Mietvertrag jährlich kündigen. Die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) habe Herr Engert bereits über die Bauverzögerung und der damit verbundenen Mietverlängerung der Tränktorkaserne von vermutlich einem Jahr informiert. Realistisch sei, die Tränktorkaserne Ende des Jahres 2025 zurückzugeben. Eigentlich habe man mit der Ausstellung, die am 25. März eröffnet wird, „Zurück auf Start! Die Sammlung Gomringer und 30 Jahre Museum für Konkrete Kunst“ schließen wollen. Allerdings werden zwei weitere Ausstellungen im alten Gebäude, der Tränktorkaserne, stattfinden, weil 2024 nicht ohne Ausstellung vorübergehen solle.

Kenntnisnahme

- 3 . Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referates für Kultur und Bildung im Jahr 2022
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0109/23**

Antrag:

Der Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung wird zur Kenntnis genommen.

Auf Grundlage dieses Berichtes hat sich die Stadt Ingolstadt erneut um den „Europapreis“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beworben. Die Preisträger werden Ende April 2023 bekanntgegeben.

Der Bericht zeige, dass trotz der mit der Corona-Pandemie einhergehenden Einschränkungen und der bis Mai herrschenden Lockdowns, viele Aktivitäten und Unterstützungen stattfanden, teilt Herr Engert mit. So fasse z. B. der Jugendaustausch wieder Fuß. Insgesamt sei dies ein positiver Bericht, der zeige, dass die Beziehungen zu den Partnerstädten trotz Corona intensiv geblieben sei.

Stadtrat Köhler bedankt sich für den Bericht und möchte wissen, ob es im Jahr 2023 wieder größere Veranstaltungen geben werde, zu denen die Partnerstädte nach Ingolstadt eingeladen werden können. Schließlich seien während der Corona-Pandemie nur sehr kleine bis gar keine Veranstaltungen und Aktivitäten möglich gewesen.

Im Jahr 2022 seien die Partnerstädte zum Thema Uni-Jubiläum und zum Stadtfest eingeladen worden, antwortet Herr Engert an Stadtrat Köhler gewandt. Auch 2023 sollen die Partnerstädte wieder eingeladen werden, jedoch sei dafür noch kein Termin ausgewählt worden. Auch von Seiten der Partnerstädte werden Einladungen an Ingolstadt ausgesprochen, teilt er mit. Allerdings sei die erste Einladung der Stadt Manisa zum Mesirfest aufgrund des Erdbebens abgesagt worden. Das Mesirfest werde 2023 in Manisa nicht veranstaltet.

Stadtrat Dr. Schuhmann betont, dass es eine unglaubliche Fülle an Aktivitäten und Veranstaltungen sind, die 2022 stattgefunden haben. Dabei habe man z. B. die Ukrainehilfe über Oppeln und mit anderen Partnerstädten zusammen eine Unterstützung für Legmoin auf die Beine gestellt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 . Weiternutzung der Räumlichkeiten Tränkorkaserne 6-8 als städtische Galerie

Beratend

Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP / JU vom 04.06.2020
Vorlage: V164/20

Antrag:

Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt folgenden

Antrag:

Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob die Weiternutzung des jetzigen Gebäudes des MKKD in der Tränkorkstraße 6-8 als Städtische Galerie möglich ist.

Begründung:

Kultur ist ein sehr wichtiger Faktor für die Standortentwicklung. Gleichzeitig müssen wir mit dem Geld äußerst sorgfältig haushalten. Deswegen gilt es kreative Lösungswege zu suchen. Die Städtische Galerie ist aktuell im Theaterbau untergebracht. Dieser wird in absehbarer Zukunft zur Sanierung geschlossen werden. Zudem sind die Räumlichkeiten im Theaterbau für größere Ausstellungen kaum geeignet. Die Räumlichkeiten Tränkorkstraße 6-8 werden vom Museum für Konkrete Kunst und Design (MKKD) nach dem Umzug in die Gießereihalle verlassen. Die Räumlichkeiten in der Tränkorkstraße zeigen seit vielen Jahren, dass Sie zwar zu klein für Dauerausstellungen, für Wechselausstellungen aber sehr gut geeignet sind. Es wäre auch eine vergleichsweise günstige Lösung, da keine teuren Neubauten geschaffen werden müssen, sondern ein bestehender und als Museum konzipierter Raum weiter genutzt werden kann. Die Museumslandschaft könnte zum Beispiel über ein Gastspiel der

Bäumler-Sammlung zu relativ geringen Kosten stark aufgewertet werden. Die durch den vorgeschlagenen Umzug freigewordenen Räumlichkeiten der Städtischen Galerie könnten dann dem Theater zu Verfügung gestellt werden.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0141/23.

Beratend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0141/23

Antrag:

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zur Weiternutzung des jetzigen Gebäudes des Museums für Konkrete Kunst in der Tränktorstraße 6-8 als städtische Galerie wird nicht weiter verfolgt, da das Gebäude vom Staat nach Auszug des Museums für Konkrete Kunst selbst genutzt wird.

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V164/20 und der Antrag der Verwaltung V0141/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Hagn spricht einen Dank an die Verwaltung aus, dass man u. a. Gespräche mit der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) geführt habe. Nichtsdestotrotz sei das Ergebnis nicht ganz zufriedenstellend, da die IMBY den positiven Nutzen des gut ausgestatteten Kulturraums für die Stadt Ingolstadt wohl nicht erkannt habe. Zwar verzögere sich der Bau des MKKD und die Theatersanierung, jedoch benötige die im Theater untergebrachte städtische Galerie dann einen neuen Raum. Die Räumlichkeiten der Tränktorkaserne 6-8 böten sich für die städtische Galerie besonders an. So sei mit höheren Kosten zu rechnen, wenn für die städtische Galerie neue Räumlichkeiten angemietet oder sogar erst errichtet werden müssten. Deswegen bittet die Ausschussgemeinschaft FDP/JU darum, mit der IMBY nochmalig auf politischer Ebene zu sprechen und mit einem Appell aus dem Kulturausschuss ein Zeichen zu setzen, teilt Stadträtin Hagn mit.

Der momentane Sachstand sei in der Sitzungsvorlage dargelegt, erklärt Herr Engert an Stadträtin Hagn gewandt. Man habe mit der IMBY wiederholt Gespräche geführt. Herr Engert selbst habe mit dem vorgehenden und nun pensionierten Geschäftsführer gesprochen und man habe ein persönliches Gespräch mit der neuen Leitung der IMBY und dem Oberbürgermeister in die Wege geleitet, bei dem die Positionierung

der IMBY eindeutig gewesen sei. Allerdings seien bei diesem Gespräch die Zeithorizonte noch andere gewesen. Insofern werde erneut ein Zeitfenster geöffnet, welches sicherlich abermals für ein Gespräch mit der IMBY genutzt werden könne.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt fest, dass man nochmal ein Gespräch mit der IMBY versuchen und die Nutzung unter den neuen Voraussetzungen überprüfen wolle.

Herr Engert schlägt vor, den Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zurückzustellen.

In dem Zusammenhang sollten jedoch neben der Tränktorkaserne 6-8 auch andere Alternativen für die Unterbringung der städtischen Galerie gesucht werden, schlägt Stadträtin Leininger vor.

Herr Engert führt aus, dass man neben Alternativen auch ein Konzept für die Nutzung und die Finanzierung benötige. Mit solch einem Konzept hatte man bereits begonnen. Allerdings habe man dann die klare Aussage des Freistaates Bayern bekommen, dass die Räumlichkeiten für die Stadt Ingolstadt in Zukunft nicht zur Verfügung stünden. Man müsse die entscheidende Frage klären, ob im Rahmen der Theatersanierung der jetzige Ausstellungsraum nur vorübergehend oder auf Dauer wegfallen werde. Es gehe aktuell um eine vorübergehende und keine Dauernutzung, wodurch man mit dem Freistaat Bayern anders verhandeln könne. Aktuell laufe die Sanierungsplanung des Theaters, weswegen sich ein Zeitfenster ergebe, in dem die im Raum stehenden Fragen geklärt werden könnten.

Der Antrag werde zurückgestellt und solle zusammen mit anderen Alternativen geprüft werden, stellt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fest.

Der Antrag der Verwaltung wird zurückgestellt.

5 . Marieluise Fleißer, 50. Todestag 2024**Kenntnisnahme****Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.02.2023****Vorlage: V0131/23**Antrag:

2024 jährt sich der Todestag Marieluise Fleißers zum 50. Mal. Aus diesem Grund stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

Antrag:

Die Stadt Ingolstadt würdigt Marieluise Fleißer anlässlich ihres 50. Todestages und widmet 2024 als Marieluise Fleißer-Jahr. Die Stadtverwaltung konzipiert ein entsprechendes Fest- und Gedenkjahr in Zusammenarbeit mit der Marieluise-Fleißer-Gesellschaft und dem Stadttheater.

Geprüft wird darüber hinaus, eine Schule nach Marieluise Fleißer zu benennen.

Begründung:

Marieluise Fleißer ist eine bedeutende Tochter der Stadt Ingolstadt. Anlässlich ihres 50. Todestages bietet sich die Gelegenheit, an ihr Leben und Wirken zu erinnern. Bekannt sind der Marieluise-Fleißer-Literaturpreis, die Marieluise-Fleißer-Bücherei (Stadtbücherei) und die Marieluise-Fleißer-Straße. Sogar ein ICE wurde nach Marieluise Fleißer benannt und eine Fleißer-Briefmarke gestaltet. Eine Fleißer-Skulptur ziert die Theresienstraße.

Nun wäre es an der Zeit, eine Ingolstädter Schule nach Marieluise Fleißer zu benennen. In München gibt es bereits eine Marieluise-Fleißer-Realschule. In Ingolstadt könnte man dabei an die Benennung einer Schule nach Emmi Böck anknüpfen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0147/23.

Kenntnisnahme**Stellungnahme der Verwaltung****(Referent: Herr Engert)****Vorlage: V0147/23**Antrag:

Die Planungen des Kulturreferates und weiterer Kooperationspartner zur 50. Wiederkehr des Todestages von Marieluise Fleißer werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0131/23 und der Antrag der Verwaltung V0147/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Volkwein kritisiert das Feiern von Todestagen in Deutschland. Außerdem weist sie auf das Fehlen einiger im Antrag enthaltenen Fragen, hinsichtlich des Vorschlags einer Namensnennung einer Schule, hin. Bezüglich des seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Programms zum Todestag, fehle ihr etwas Unterschwelliges und Schlichteres. Sie schlägt vor, zur Öffnung des Fleißer-Hauses Führungen und ein Straßenfest mit dem Fleißer-Haus als Begegnungsort und den dortigen Kneipen zu veranstalten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass es sich um den derzeitigen Planungsstand handelt, der jedoch noch ergänzt werden könne.

Herr Engert antwortet an Stadträtin Volkwein gewandt, dass unter anderem Vorträge, Lesungen, Führungsspaziergänge durch die Stadt, museumspädagogische Programme und ein Puppentheater stattfinden werden. Seiner Ansicht nach sei etwas Unterschwelliges durchaus geboten. Hinsichtlich der Benennung einer Schule erklärt er, dass die Stadt Ingolstadt als Sachaufwandsträger grundsätzlich keine Schulnamen bestimmen könne. Dabei spiele auch keine Rolle, ob es sich um eine neue Schule ohne Namen handle. Das Schulforum, bestehend aus der Schulleitung, dem Elternbeirat und wenn es eine weiterführende Schule ist, die Schülermitverwaltung, könne einen Name vorschlagen. Zu diesem Vorschlag müsse die Stadt Ingolstadt als Sachaufwandsträger Stellung nehmen und könne dem Namen zustimmen. Jedoch entscheide letztendlich die Regierung, ob der Namensvorschlag der staatlichen Schulen eingeführt werde oder nicht. Herr Engert schlägt vor, den Vorschlag eine Schule nach Marieluise Fleißer zu benennen, seitens der SPD-Stadtratsfraktion, in einer Schulleiterbesprechung anzuregen. Er plädiert, den Schulen grundsätzlich richtige Namen zu geben und nicht nach der Straße, an der sie liegen, zu benennen, um ihnen auch eine gewisse Identität einzuräumen.

In Augsburg finde aktuell ein Festakt zum 125. Geburtstag von Bertolt Brecht statt, informiert Stadtrat Dr. Schuhmann. Bertolt Brecht und Marieluise Fleißer seien höchst bedeutende Persönlichkeiten. Elfriede Jelinek, eine österreichische Schriftstellerin, habe Marieluise Fleißer öffentlich als die bedeutendste Dramatikerin des 20. Jahrhunderts genannt, weswegen der 50. Todestag einer besonderen Würdigung bedarf, findet Stadtrat Dr. Schuhmann. Ihm falle beim derzeitigen Planungsstand auf, dass es noch viel mehr Potenzial gebe. In Augsburg würden die Staatstheater eine ganze Reihe von originellen Veranstaltungen durchführen, berichtet er und führt aus,

dass es eine Veranstaltung "Brecht's People" gebe. Dabei würden die wirtschaftlichen Vorstellungen der Brechtzeit denen der jetzigen Zeit gegenübergestellt werden. Dies könne man auch in Ingolstadt machen, schlägt er vor. Diese Moralvorstellungen und Scheinheiligen, die Marieluise Fleißer in fast all ihren Stücken angreife, könnte man mit der jetzigen Zeit vergleichen. Diese sei z. B. eine Aufgabe für gymnasiale Oberstufen oder Sozialforscher. Des Weiteren gebe es eine Installation mit dem Titel "Unter dem Teppich", die sich auf Brecht beziehe und all das, was tatsächlich gerne "unter den Teppich gekehrt" werde, darstelle. Auch das könne man mit Marieluise Fleißer machen, schlägt er vor und führt aus, dass man auch eine Lesung oder Sprachdarstellung bei einem Biergartenabend an der Antoniussschwaige miteinbinden könne. Auf diese Weise könne man den Besuchern Marieluise Fleißer und deren originelle Schreibweise unterschwellig darbringen. Zwar werde im Ingolstädter Kleinen Haus das Werk "Fegefeuer in Ingolstadt" aufgeführt, jedoch fehle es ihm hier an weiteren Veranstaltungen.

Herr Engert antwortet an Stadtrat Dr. Schuhmann gewandt, dass der Spielplan vom Intendanten erstellt werde und er als Kulturreferent keinen Einfluss darauf habe. Der Spielplan werde vom Intendanten in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vorgestellt. Er findet, dass die Reihe von Veranstaltungen zu einem Todestag passen. Hinsichtlich des Vorschlags des Biergartenabends seitens Stadtrat Dr. Schuhmann, meint Herr Engert, dass dieser einer Überlegung wert sei, jedoch sei er für einen Todestag nicht der richtige Anlass. Zum 100. Geburtstag von Marieluise Fleißer habe man eine ganze Reihe an Veranstaltungen gemacht und auch das Fleißerhaus eröffnet. Der Todestag müsse ein wenig anders aufgezo- gen und strukturiert werden.

Stadträtin Volkwein betont, dass ihre Irritation bezüglich dem Feiern von Todestagen ihr höchstpersönliche und private Meinung sei.

Stadtrat Reibenspieß begrüßt die umfangreichen Veranstaltungen, die das Jubiläum angemessen würdigen. Er findet, dass es noch unausgeschöpftes Potenzial gebe und schlägt vor, über die Fraktionen zusätzliche Veranstaltungsvorschläge einzubringen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6 . **Kriminalprävention in Planung, Bau und Betrieb von Kitas und Schulen**

Kenntnisnahme

Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 18.03.2022

Vorlage: V0255/22

Antrag:

Die ödp-Stadtratsgruppe stellt hiermit folgenden **Antrag**:

Ab sofort werden kriminalpräventive Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Sachwerten in Kitas und Schulen der Stadt in Planung und Bau weitestgehend verbindlich und überprüfbar zur Vorgabe gemacht.

Dazu ist es notwendig, von Anbeginn alle beteiligten Ämter und Dienststellen der Verwaltung und ggf. Planungsbüros, sowie die Expertise eines Technischen Risikomanagers (nach DIN VDE V 0827) einzubeziehen.

Begründung des Antrags:

Zu jeder Zeit wollten und wollen Eltern und kommunal Zuständige in Jugend- und Sozialverantwortlichkeit Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und andere Schutzbefohlene in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen in Sicherheit wissen. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, **ist es nicht notwendig, diese Einrichtungen zu Festungen auszubauen.**

Wir sind aber der Auffassung, dass ein Recht darauf besteht, dass bereits in der Planung derartiger Einrichtungen ein „verhältnismäßiges Maximum“ an technischer Sicherheit Berücksichtigung finden muss.

In unserer Stadt werden aktuell mehrere Schulen geplant, bzw. befinden sich bereits in fortgeschrittenen Planungs- und Baustadien. Es bieten sich daher durchaus noch Möglichkeiten, einzugreifen, um u.a. folgende Empfehlungen¹ zu berücksichtigen:

- Identifikation der Nutzenden herstellen
... durch eine an den praktischen Bedarfen orientierte Planung das Gefühl für Verantwortlichkeit und Eigentum stärken
... kontinuierliche Einbindung der Nachbarschaft kann zu stärkerer Identifikation und damit zu höherer informeller sozialer Kontrolle führen
- Durchführung folgender Maßnahmen bei der Planung
... sind allgemeine Ursachen von „günstigen Tatgelegenheitssituationen“² bekannt? ... ist der Begriff „Sozialkontrolle“³ in seiner Bedeutung für die Kriminalitätsvorbeugung bekannt?
- Außenbereich und Umgebung
... besteht Hör- und Sichtweite zu belebten Bereichen?
... stetige Pflege und Instandhaltung der öfftl. Anlage signalisiert Kontrolle und beugt Ordnungsstörungen vor
... keine weitläufigen, dicht bepflanzten Anlagen; hier: Bewuchshöhe?
... keine engen, unübersichtlichen Wegeführungen
... keine größeren Schatten- oder Dunkelzonen

¹ Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Stuttgart, 2019

² stat. anonymisierte Daten der örtlichen Polizei anfragen; insbes. Sachbeschädigung durch Vandalismus

³ Sozialkontrolle stellt somit auch den Versuch dar, gesellschaftlich erwünschte Verhaltensweisen zu erreichen

- ... gebäudenah, gut sichtbare und gut ausgeleuchtete Kfz.- und Fahrradabstellflächen
- ... Einrichtung von sicheren – die Inklusion berücksichtigende - An- und Abfahrtszonen
- ... Planung des Ausmaßes von so genannten „drop-on/drop-off-Zonen“
- ... Entstehung von problematischen Aufenthaltszonen verhindern
- Eingangsbereiche
 - ... Zugänge auf möglichst wenige Stellen begrenzen
 - ... den überschaubar konzipierten Haupteingang mit einem Leitsystem (Dunkelheit) versehen
 - (... ggf. kontrollierter Eingangsbereich mit kameraintegrierter Fernsteuerung)
 - ... Schließsystem mit sicherer und verwaltungsfreundlicher Nutzung
- Gebäude
 - ... sollten übersichtlich gestaltet und angeordnet sein
 - ... Bereiche, die schwer einsehbar sind, sollten vermieden werden
 - ... sollten keine Aufstiegsmöglichkeiten aufweisen
 - ... sollen keine Dunkelzonen, Nischen oder Mauervorsprünge haben
 - ... klar strukturiert konzipierte Raumzuordnungen ermöglichen auch ortsfremden Personen Orientierung
 - ... Farbleitsysteme für Nutzende, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste
- Einbruchsicherung
 - ... zum Schutz auch vor Vandalismus nach DIN EN 1627⁴
 - ... Anti-Panikschlösser (SVP) als Einbruchschutz für Flucht- und Rettungswege
 - ... speziell gesicherte Räume für hochwertige Sachen (Musikinstrumente, EDV, etc.)
 - ... Einbruchmeldeanlagen (EMA) für eine lückenlose Objektüberwachung mit dem Ziel einer rechtzeitigen Intervention
 - ... ggf. Amokschutz⁵ durch Installation von Alarmknöpfen⁶ vorsehen

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0150/23.

Kenntnisnahme

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Gero Hoffmann)
Vorlage: V0150/23

Antrag:

1. Eckpunkte und Grundsätze bezüglich eines organisatorischen und technischen Risikomanagements im Sinne der Kriminalprävention fließen grundsätzlich in die Planung von zukünftigen Neubauten von Kitas und Schulen ein.
2. Die Planungen für den Neubau der Mittelschule Friedrichshofen/Am Dachsborg Nord-West werden unter Einbeziehung der Norm DIN VDE V 0827 "Notfall- und Gefahren-Reaktionssysteme (NGRS)" durchgeführt. Aus dem Projekt

⁴ <https://www.k-einbruch.de>: Widerstandsklasse (RC)2; <https://vds.de/>: Sicherungsrichtlinien

⁵ <https://youtu.be/kiEXyPrENWI> (Was ist ein NGRS?) 2min. Video von Bosch

⁶ Siehe hierzu aber auch die Einschätzung eines Technischen Risikomanagers hins. eines NGRS (Notfall- und GefahrenReaktionsSysteme)

sollen Erfahrungen für die praktische Umsetzung bei anderen Projekten gewonnen werden.

3. Dem Stadtrat wird zu gegebener Zeit erneut berichtet.

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0255/23 und der Antrag der Verwaltung V0150/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Over spricht einen Dank gegenüber den Referenten aus, die im Vorfeld des Antrags sehr entgegen gekommen waren, um Klarheit zu schaffen. Dieses Entgegenkommen habe ein Treffen mit zwei Spezialisten vom Landeskriminalamt ermöglicht, die nun bei der Planung und den Details des Schulcampus in Friedrichshofen begleitet werden, damit unter Umständen für den geplanten Bau anderer Schulen eine Blaupause geschaffen werden könne.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Beratend

- 7 . **Sanierung und Erweiterung der bestehenden Grundschule Haunwöhr, Habsburgerstraße 15 in Ingolstadt
- Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert)
Vorlage: V0192/23**

Antrag:

1. Auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung wird für die Sanierung und Erweiterung der Grundschule Haunwöhr auf 16 Klassen die Projektgenehmigung erteilt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von 39.431.000 € für die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Grundschule Haunwöhr werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltstelle 1.211000.940200 GS Haunwöhr: Neubau, Erweiterung, Ganztagsbetreuung bereitgestellt.
3. Der Ausstattung des neuen Rasenspielfelds mit Kunstrasen und Flutlichtanlage wird – vorbehaltlich der noch zu prüfenden Umsetzbarkeit – zugestimmt. Die Mehrkosten hierfür betragen ca. 187.000 € (Betrag in Gesamtkosten Antragspunkt 2 enthalten).
4. Die erforderlichen Mittel stehen auf der Haushaltstelle 1.211000.940200 GS Haunwöhr: Neubau, Erweiterung, Ganztagsbetreuung in Höhe 29,642 Mio. €, sowie auf der Haushaltsstelle 1.211000.935189 GS Haunwöhr: Erstausrüstung in Höhe von 150.000 € sowie auf der Haushaltsstelle 1.871000.935000 PV Anlagen in Höhe von 765.000 € zur Verfügung. Ein Betrag in Höhe von

515.000 € wurde bereits verausgabt. Die zusätzlich zur aktuellen Finanzplanung benötigten Mittel in Höhe von insgesamt 8,359 Mio. € werden gem. u.g. Tabelle über den Nachtragshaushalt bereitgestellt.

5. Die Beauftragung der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Stellungnahme des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit vom 08.03.2023:

Herr Hoffmann informiert, dass man im Jahr 2021 mit der ergänzenden Programmgenehmigung gestartet sei. Weiter verweist er auf den damals geschätzten Kostenrahmen des Architekturbüros von 26,4 Mio. Euro. Er erläutert, warum es nun zu den deutlich erhöhten neuen Gesamtkosten von 39 Mio. Euro gekommen sei. Dabei verweist er auf die Index-Steigerung seit 2021 von 23,7 Prozent und die damit nachweisliche Verteuerung der Baupreise. Dies ergäbe einen Betrag von knapp 33 Mio. Euro. Weiter erläutert er die Beschlussvorlage. Da auch mit dem dortigen Altbau, als Bestandsbau umgegangen werden müsse, ließen sich die Raumzuschnitte nicht ganz optimal, wie bei einem Neubau abbilden. Insofern müssten wenige Quadratmeter mehr im Raumprogramm umgesetzt werden, wodurch auch geringe Mehrkosten entstünden. Erfreulich sei allerdings die Information, dass mit den alten Richtwerten der Fördermittel gerechnet worden sei. Diese haben sich erhöht und insofern rechne man nun mit einer Fördermittelsumme von mindestens 10,7 Mio. Euro. Das gleiche einen Teil der Mehrkosten an dieser Stelle wieder aus. Die ausgewiesenen Gesamtkosten von 39 Mio. Euro würden darüber hinaus nur unter den zwei Prämissen entstehen, nämlich bei Eintreten der ausgewiesenen Risiken und einer weiteren zu erwartenden Steigerung der Baukosten. Für den Index rechne man mit 3,5 Prozent Baupreisindex in den nächsten Jahren, was eher optimistisch sei. Weiter verweist Herr Hoffmann auf den Vergleich mit dem bisherigen Quadratmeter-Kennwert in Bezug auf die förderfähige Hauptnutzfläche. Vor der Pandemie lag man hier bei 8.500 Euro, das vorliegende Projekt komme auf ca. 8.800 Euro/m². Zur Bauweise merkt er an, dass ein Holzhybridbau entstehe. Es werde sehr viel Holz verwendet. Allerdings nicht bei der eigentlichen Tragkonstruktion. Dies habe den einfachen Grund, dass bei den Deckenaufbauten eines Holzbaus größere Höhen bzw. Aufbaustärken entstünden als bei den herkömmlichen Betondecken im Bestand. Wenn man jedoch das neue Schulhaus barrierefrei und ebenengleich das alte anschließen wolle, müsse man bei dieser Konstruktion bleiben. Wenn man in den reinen Holzbau ginge, werde jedes Geschoss immer ein Stück höher als das vorherige im Vergleich zu den bestehenden Geschossen. Dann benötige man irgendwann Treppen und Rampen, die den Bau verteuerten und wiederum nicht barrierefrei seien.

Wie bei vielen anderen Projekten gehen die Kosten exorbitant in die Höhe, so Stadtrat Schidlmeier. Schulen seien natürliche besondere Objekte, bei denen die zu erwartenden Kostenexplosionen getragen werden müssen. Er bittet bei der Genehmigung, lieber von einem Worstcase auszugehen. Damit die Zeitschiene eingehalten werden könne, spricht er sich für das Vorhaben aus.

Stadträtin Kürten zeigt sich nicht erfreut über den Kunstrasenplatz. Nach ihren Recherchen sei das Granulat sehr schädlich. Insofern regt sie eine Verfüllung mit Sand an. Weiter bittet sie hier um eine Gegenüberstellung eines Naturrasenplatzes. Stadträtin Kürten spreche dabei nicht von Biodiversität. Ein Kunstrasen habe aber ihrer Meinung nach im Gegensatz zum Naturrasen weniger Kühleffekte. Auch die Anschaffungskosten seien bei einem Naturrasen nur halb so hoch. Allerdings müsse bei einem solchen bedacht werden, dass dieser Wasserintensiver sei. Da Wasser immer

kostbarer werde, sei hier sicherlich künftig mit Problemen zu rechnen. Stadträtin Kürten fragt nach, ob dieser Rasenplatz nach Anlegen einer Zisterne, mit Regenwasser oder mit Trinkwasser bewässert werde.

Herr Diepold wirbt vehement für den Kunstrasenplatz. Er informiert, dass dreieinhalb Kunstrasenplätze auf den städtischen Sportanlagen betrieben werden. Ein solcher solle auch hier entstehen. Seitens vieler Vereine die nicht auf Bezirkssportanlagen trainieren, gebe es den Wunsch, in diese Richtung zu agieren. Festzustellen sei, dass es sich für die Stadt als schwierig darstelle, in den Ortsteilen Kunstrasenfelder zu errichten. Zum einen, weil dies äußerst kostenintensiv, was den Platz betreffe sei und zum anderen was den Grunderwerb und auch die Verfügbarkeit von Flächen betreffe. Eigentlich könne es sich die Stadt nicht leisten irgendwo einen Kunstrasenplatz zu bauen, der bis zu einer Vereinsnutzung am späteren Nachmittag brachliege. Es mache also nur Sinn einen Kunstrasen dort anzubringen, wo es möglichst viel Frequenz gebe. Dies sei ganz klar in Verbindung mit einer Schule der Fall. Dies wäre nun der erste dieser Plätze. Herr Diepold könne versichern, wie bereits im Sommer in der Bezirkssportanlage Südwest gehandhabt, einen Kunstrasen ohne Verfüllung, bzw. ohne Kunststoffgranulat, zu bauen. Eingebaut werden müsse eine Verfüllung mit Sand, da ansonsten der Belag bei entsprechendem Orkan davonfliege. Der Kunstrasen müsse beschwert werden. Es gebe aber Kunstrasen, die ohne weitere Kunststoffverfüllung auskommen. Er würde auch eine andere Verfüllung, wie Kork oder ähnliches, nicht favorisieren. Kork schwimmt bei Starkregen auf und könne auch schimmeln. Insofern gebe es mittlerweile Kunstrasen, die ohne das ganze Verfüllmaterial auskommen. Der Rasen dort sei sehr wichtig, da diesen auch der SV Haunwöhr, der als einziger im Umkreis eine Hockey-Abteilung betreibe, nutze. Feldhockey könne nur auf einem Kunstrasenplatz gespielt werden.

Gerne könne diese Gegenüberstellung für ein Pro und Contra zusammen mit dem Sportamt erstellt werden. Herr Hoffmann informiert, dass solange das Wasser in der Zisterne ausreiche, die begrüntem Bereiche des Schulhofes mit diesem Wasser bewässert werden. Er sichert für die nächsten Ausschusssitzung eine Information zu, was passiere, wenn das Wasser nicht ausreichend sei. Nach seinen Worten werde kein teures Trinkwasser verwendet, sondern er würde einen Betriebswasserbrunnen mit Nutzung der oberen Grundwasserschichten, favorisieren. Auf Anfrage von Frau Mödl, ob dort eine Einfachsporthalle gebaut werde, teilt Herr Hoffmann mit, dass die bestehende alte Einfachturnhalle abgerissen werde, weil diese für den Erweiterungsbau im Weg sei. Es sei vorab geprüft worden, ob der Schulneubau auf dem Grundstück anders hätte platziert werden können. Die jetzige Planung stelle aber fast die einzige Möglichkeit dar, die Freisportflächen entsprechend unterzubringen. Deshalb habe die alte Einfachhalle weichen müssen. Es bestehe aber auf dem Schulareal bereits eine Ballspielhalle, bzw. eine Doppeltturnhalle, die für den Schulsport ausreichend sei. Diese besäße auch bereits alle nötigen Vorrüstungen für die im Schulsport benötigten Geräte.

Insofern orientiere man sich schon faktisch an der durchgeführten Erhebung, so Frau Mödl. Sie fragt nach, ob die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes bereits mit einfließen, da diese ja sonst keinen Sinn machen würden. Wenn Frau Mödl die Einfachsporthalle, oder das Ausmaß dieser Sportanlage betrachte, habe sie die Befürchtung, dass dies so wie bei der Bezirkssportanlage Mitte ablaufe und es eine totale Überbelegung gäbe. Wenn neu gebaut und nicht auf den Sportentwicklungsplan Bezug genommen werde, fände sie das ganz schwierig.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass der Sportentwicklungsplan hier berücksichtigt werde. Die Schulen betreffend seien die Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, dass die Hallenkapazitäten vom Grundsatz her, ausreichend seien.

Herr Diepold verweist auf den Standort, wo eine Ballspielhalle mit zwei Halleneinheiten und eine alte Einfachturnhalle untergebracht sind. Aus schulischer Sicht reiche diese Ballspielhalle vollkommen aus. Eine Nachrüstung für den Schulsport sei ohne Probleme möglich. Beim SV Haunwöhr stelle sich dies anders dar, da hier die alte Einfachturnhalle belegt sei. Zwischenzeitlich werde der SV Haunwöhr ab Herbst 2023 in der Ballspielhalle Münchener Straße untergebracht. Die Überlegung sei im Bereich Südwest/Haunwöhr nochmal eine Halle zu errichten, um den SV Haunwöhr quasi wieder an seinen jetzigen Standort zurückzuführen. Insofern gebe es eher ein Problem im Vereinssport. Der Schulsport sei aus Sicht des Sportamtes kein Thema, da die Ballspielhalle schulisch ausreiche.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass eine Kommunikation mit dem SV Haunwöhr stattgefunden habe. Da es keine andere Möglichkeit gebe, nähme dieser das so hin.

Stadtrat Böttcher fragt nach, ob hier die geplante Pelletheizung die ideale Lösung sei.

Die Pelletheizung sei eine Heizung, die mit einem nachwachsenden Rohstoff als Energieträger arbeite. An dem geplanten Standort sei man noch nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen. Eine Gasheizung sollte nicht installiert werden. Herr Hoffmann sichert zu, in der nächsten Sitzung hier nochmals konkrete Informationen zu erteilen. Er betont, dass aber alles genau abgewogen worden sei.

Stadtrat Ettinger spricht sich positiv für den Kunstrasenplatz aus. Dieser sei in der Nutzung ein Segen für den Verein. Auch wenn es hier zu Mikroplastikabsonderungen komme, müsse man sich vor Augen halten, dass so ein Kunstrasenplatz durchaus geeignet sei, da dieser eine Halle ersetzen könne. Hier gäbe es einen sehr großen Nutzungsdruck, denn in der Zeit zwischen 17 Uhr und 19 Uhr wolle jeder den Kunstrasenplatz nutzen. Die Kapazitäten seien aber stark begrenzt. Ein weiterer Synergieeffekt sei die Entlastung der Halle. Auch die Kinder finden es super, wenn sie während der Pausen an der frischen Luft toben können.

Herr Dr. Krämer schließt sich dem Appell den Kunstrasenplatz betreffend, Herrn Diepold an. Die in Aussicht gestellte Nutzung sei sehr überzeugend. Er spricht sich für einen umweltschonenden Kunstrasenplatz aus.

Nach den Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll werde sich hier bemüht, eine umweltschonende Variante zu finden.

Stadtrat De Lapuente merkt an, dass ein Naturrasenplatz in der Winterzeit wegen Bodenfrost gesperrt sei. Insofern sei dieser nicht mit einem Kunstrasenfeld vergleichbar. Ein solcher sollte auch in den Wintermonaten zu bespielen sein, damit dieser die Dreifachturnhalle entlaste. Deswegen sei ein Kunstrasenplatz eine sehr gute Alternative um den Sport aus der Halle herauszubringen.

Stadträtin Kürten wollte einfach nur nochmal betonen, dass ihr ein solcher Vergleich nicht nur seitens des Sportamtes, sondern auch aus Sicht der Klimaresilienz, wichtig sei. Eine große Rasenfläche wirke sich auf das Klima aus, indem es kühle. Fraglich sei deshalb, wie das Klimagutachten an dieser Stelle aussehe. Stadträtin Kürten glaube bei allen Vorteilen, müsse dies auch berücksichtigt werden. Sie habe die Argumente für einen Kunstrasenplatz verstanden. Dennoch gebe es in der Stadt noch andere Probleme wie die Klimaresilienz. Möglicherweise müsse dann in diesem Viertel die Entwicklung des Klimas betrachtet werden.

Stadtrat Mißlbeck verweist auf die früher entstandenen Allwetterplätze. Aufgrund der Verletzungsgefahr, seien diese der heutigen Jugend nicht mehr zuzumuten. Auch

wenn der Kunstrasen mit höheren Kosten verbunden ist, solle man sich dafür aussprechen.

Herr Diepold informiert, dass es nach wie vor einen Allwetterplatz gebe. Dies sei ein Platz aus Kunststoff mit rotem Belag, auf dem man z.B. Handball spielen könne. Es handelt sich aber um zwei verschiedene Plätze. Ein Allwetterplatz helfe an dieser Stelle nicht weiter.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Hinsichtlich der Kosten führt Herr Hoffmann aus, dass auch er über die hohe Summe, von 39 Mio. Euro überrascht gewesen sei. Bei der ersten Programmgenehmigung im Jahr 2020 hätten sich die Kosten noch auf 24 Mio. Euro belaufen. Aufgrund der Vergrößerung von ca. 100 m² der HNF im Jahr 2021 und der Preise, die bereits zum damaligen Zeitpunkt anstiegen, beliefen sich die Kosten dann auf 26,4 Mio. Euro. Dies sei im Grunde die Ausgangslage gewesen. Man habe noch nichts ausgeschrieben oder gebaut, weswegen man davon ausgehen müsse, dass die heute am Markt üblichen Preise bezahlt werden müssen. Auf die Ausgangslage von 26,4 Mio. Euro müsse der Baupreisindex hinzugerechnet werden. Dieser seien vom Oktober 2021 bis Ende des 4. Quartals 2022 23,5 Prozent gewesen, die auf die Summe von 26,4 Mio. Euro hinzugerechnet werden müsse. Damit ergäben sich 32,5 Mio. Euro. Gerundet sei man bei 33 Mio. Euro. Auch die Außenbereiche hätten zur Kostensteigerung beigetragen, da diese komplett umgestaltet und umstrukturiert werden müssen. Ansonsten laufe man Gefahr keine schulaufsichtliche Genehmigung zu bekommen. Die 39 Mio. Euro der Endsumme seien durch den Baupreisindex der geplanten zwei Jahre Bauzeit, der nochmal hinzugerechnet werden müsste, zustande gekommen. Dieser sei mit 3,5 Prozent sehr optimistisch berechnet worden, erklärt Herr Hoffmann, könne jedoch deutlich höher sein. Dies seien 2,4 Mio. Euro. Dazu komme noch das Projektrisiko von 3,5 Mio. Euro. Nur wenn dieses Risiko eintrete, beliefen sich die Kosten letztendlich auf 39 Mio. Euro. Des Weiteren weist Herr Hoffmann auf einen Fehler in der Vorlage hin. Die Fördersumme sei zu gering berechnet worden. Inzwischen seien die Fördersätze deutlich gestiegen und auch die förderfähige Fläche sei etwas größer geworden, so Herr Hoffmann. Damit steige die Summe von 7,6 Mio. Euro auf 10,7 Mio. Euro, die man wohl mindestens an Fördermitteln bekommen könne. Im Ausschuss für Sport und Freizeit seien Fragen aufgekomen, die im heutigen Ausschuss für Kultur und Bildung ebenfalls beantwortet werden sollen. Zum einen, sei die Frage gestellt worden, warum man unbedingt eine Pelletheizung für die Schule nehmen wolle. Ein Grund dafür sei, dass man auf keinen

fossilen Energieträger gehen wollte. Öl und Gas kämen eigentlich nicht mehr in Frage. In diesem Stadtgebiet gebe es bisher noch keinen Fernwärmeanschluss, weshalb diese Option ebenfalls nicht möglich sei. Wärmepumpen seien zwar ein Alternativmodell, jedoch benötigten Altbauten höhere Vorlauftemperaturen im Heizsystem. Im vorliegenden Fall sei nicht nur die Schule, sondern auch Kita und die Ballspielhalle zu beheizen, wo man die Heiztechnik austauschen werde. Zwar könnte in der Schule eine Heiztechnik nicht mit niedrigeren Vorlauftemperaturen einbauen, jedoch ginge das aufgrund der mitzubeheizenden anderen Gebäuden nicht. Nichtsdestotrotz sei man immernoch der Meinung, dass die Nachhaltigkeit nicht so schlecht zu werten ist. Anders als bei Hackschnitzel, die nicht in Frage kommen, werde das Pellet fast ausschließlich aus Reststoffen bei der Holzverarbeitung, hergestellt. Nur ein kleiner Anteil sei minderwertiges Frischholz. Insofern werde davon ausgegangen, dass keine Bäume extra für die Pelletproduktion gefällt werden. Der möglichen Feinstaubbelastung, die gegebenenfalls durch die Verbrennung auftrete, sei man ebenso nachgegangen. Damit man die Bundesförderung BEG (Bundesförderung für effiziente Gebäude) erhalte, habe man einen einzuhaltenden Mindestwert von $0,015 \text{ g/m}^3$, der auch erreicht würde. Man schätze deshalb die Sachlage so ein, dass die Abluft als sauber betrachtet werden könne. Auch die Belieferung der Pellets habe man überprüft und berechnet. Aufgrund des alten Heizhauses mit einem größeren Raum von 100 m^3 Fassungsvermögen, komme man mit sechs Lieferungen im Jahr aus. So laufe man auch keine Gefahr, dass täglich ein LKW zur Nachlieferung von Pellets kommen müsse, was wiederum mit Emissionen verbunden wäre. Natürlich sei das Ganze nur eine Übergangstechnik. Es werde mit den Stadtwerken alles daran gesetzt, vielleicht auch in diesem Stadtteil Fernwärme zu bekommen. Die Sanierung des Apian Gymnasiums stehe irgendwann an. Die Schule wäre ein großer Verbraucher für Fernwärme und dann wäre Haunwöhr nicht mehr weit, denkt Herr Hoffmann. Vielleicht schaffe man es auch durch ein Blockheizkraftwerk, falls die Fernwärme noch lange brauche, die Schule durch ein Nahwärmenetz zusätzlich zu versorgen. Kurzfristig schlage man jedoch weiterhin das Heizen mit Pellets vor. Hinsichtlich der Frage, ob Kunst- oder Naturrasen, sei es so, dass der Naturrasen bei guter Pflege durch seine lange Haltbarkeit der nachhaltigste und ressourcenschonendste Sportbelag ist. Zudem besitze er durch seine Funktion als Sauerstoffproduzent, sowie die klimaregulierende und bodenschützende Wirkung, einen positiven Einfluss auf die Umwelt. Nachteilig wirke sich jedoch der höhere Wasserverbrauch und der Einsatz von Düngemitteln aus. Herr Hoffmann berichtet, dass er solche Sportrasen bereits betreut habe und deswegen aus Erfahrung sagen könne, dass eine enorm hohe

Düngemittelmenge anfele. Man dünge durchschnittlich dreimal im Jahr und manchmal auch häufiger, damit der Rasen gut wachse. Aus ökologischen Gesichtspunkten sei der Naturrasenplatz dem Kunstrasenplatz eigentlich vorzuziehen, sofern die Nutzungsdauer von 800 Stunden nicht überschritten werde. Denn in diesem Fall werde ein weiterer Sportplatz nötig. Dann habe man zwei Sportrasenfelder, die mit Naturrasen in dem Sinne nicht mehr viel zu tun hätten, da diese aus ein wenig Humus und allen möglichen Drainageschichten bestünden, die wiederum gedüngt und gewässert werden müssten. Dann mache man lieber das zweite Sportfeld mit einer vernünftigen Bepflanzung, wie Büschen und Bäumen, die was wert sind. Dann könne man sich den Kunstrasen aus Sicht von Herrn Hoffmann leisten. Der Vorschlag sei, den Rasen nicht mit Kunststoffgranulat sondern Sand zu beschweren. Dies sei umweltfreundlicher, da der Sand nicht gewässert werden müsse und gut strapazierbar sei. Den Rasen könne man dann 15 Jahre lang bespielen, danach schreddern und wieder einen neuen Kunstrasen daraus herstellen. Wenn man nur ein Feld brauche, sei der Rasen vorzuziehen. Habe man jedoch ein Feld, welches über 800 Stunden im Jahr genutzt werde, dann sei der Kunstrasen zu empfehlen.

Der Hockey-Verein des SV Ingolstadt-Haunwöhr e. V. nutze den Platz ebenso, weswegen Kunstrasen aufgrund der Abnutzung und der Gegebenheit des Platzes sinnvoller sei, ergänzt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Im Donaukurier habe es bereits einen Artikel zur Haunwöhrer Grundschule gegeben, der die Teuerung thematisiere, berichtet Stadtrat Reibenspieß, weswegen er dazu etwas Grundlegendes sagen müsse. Die Teuerung betreffe nicht nur Schulen, sondern alle Bereiche und die Ursachen dafür seien allgemein bekannt. Die momentane Situation werfe die Frage auf, ob das Wachstum bezüglich der Schulen falsch eingeschätzt und zum Beispiel die Gebrüder-Asam-Mittelschule zu klein gebaut worden sei. Er denke dabei an die Planungen zur Grundschule Hundszell mit zwei Klassen, die bald auf vier Klassen erweitert worden sei. Man könne sich zukünftig sogar eine eigenständige Hundszeller Grundschule vorstellen. Auch die Planungen für die Grundschule Unserherrn deckten gerade so den aktuellen Bedarf ab. Gerade die Großprojekte fielen häufig relativ klein aus, was Stadtrat Reibenspieß für bedenklich hält. Wenn man Geld für Schulen und Kindergärten ausbebe, müssten auch die benötigten Räume und Freiflächen ausreichend zur Verfügung stehen. Schließlich gebe die Stadt Ingolstadt hierfür laufend Geld aus und sehe das als ständige Daueraufgabe, denn die Schulen müssten sich an die wandelnden Bildungsanforderungen anpassen. Vor einigen Jahren hätten viele Jugendsozialarbeit an einem Gymnasium für

überflüssig gehalten. Heute gebe es an den Schulen eine Berufseinstiegsbegleitung, die Jugendsozialarbeit, einen schulpсихologischen Dienst und eine Mittags- und Ganztagsbetreuung. Man dürfe auch nicht die digitale Entwicklung und die sich verändernden gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die auf Schulen einwirken würden, vergessen. Das alles würden hohe Kosten bedeuten. Es müssten Schulen gebaut werden, die eine fördernde Lernatmosphäre und Raum zur Entfaltung bieten und nicht dadurch begrenzt werden, dass es dafür keine Fördermittel gebe. Wenn den Kindern auch zur Chancengleichheit Schulen angeboten werden sollen, die über dem Niveau des Förderprogramms lägen, sollte man sich dafür entscheiden, auch mit städtischen Mitteln einzugreifen, wenn dies als sinnvoll erachtet werde, so Stadtrat Reibenspieß. Die Landesregierung müsse bei den Teuerungen und den notwendigen, modernen und adäquaten Schulausbauten Rechnung tragen, indem sie Fördermaßnahmen anpasst und zwar sowohl für die Renovierung-, Sanierungsarbeiten und Neubauten von Schulen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt Stadtrat Reibenspieß zu, dass sich die Rahmenbedingungen ändern müssten. Auch in den letzten Jahren habe man immer wieder Schulen gebaut und viel in die Wege geleitet. Allerdings sei die allgemeine Kostensteigerung immer wieder der Grund, warum sich Bauvorhaben verteuern. In den vergangenen Jahren sei sehr viel Geld für den Schulbau eingestellt worden. Das konnte oft nicht abgearbeitet werden, weil die Kapazitäten zu gering gewesen seien.

Herr Engert entgegnet an Stadtrat Reibenspieß, dass man keine zu kleinen Schulen plane. Man plane die Schulen nach besten Wissen und Gewissen, betont er. Man benötige für die Schulbauten die schulaufsichtliche Genehmigung der Regierung von Oberbayern. In diesem Rahmen bewege man sich mit einer Prognose, die von einem Wachstum ausgehe. Man versuche möglichst genau zu prognostizieren und dafür Schulgebäude zu bauen, die, was das Platzangebot und die Raumorganisation betreffe, nicht mehr mit traditionellen Schulgebäuden vergleichbar seien. Hinsichtlich des Bereichs Ganztagschule plane man bei der Grundschule Haunwöhr mit 80 Prozent der prognostizierten Grundschulkindern. Diese Anzahl habe man bisher noch nicht erreicht, gehe aber von einem Anstieg aus. Das bedeute, dass ausreichend Raum eingeplant sei, um auch weitere Entwicklungen aufzufangen. Allerdings könnten Entwicklungen, die man heute selbst noch nicht vorhersehen könne, auch nicht eingeplant werden. Alles, was absehbar sei und von dem man ausgehen könne, sei in die Schule Haunwöhr miteingeplant. Natürlich gebe es durchaus alte Schulanlagen, die zu klein seien. Jedoch herrschten bei den neu gebauten Schulen ganz neue

Schulsituation. So sei in der Ungernederstraße ein Zusatzgebäude für die Ganztagschule gebaut worden. Der Pausenhof sei durch das Grundstück begrenzt. Wenn die Schule noch viel größer werden solle, könne man dies nicht durch einen weiteren Anbau an bestehenden Schulen lösen, sondern nur durch neue Schulen.

Stadtrat Achhammer fragt, wie groß der Kunstrasenplatz sein werde. Ihn wundere der Preis, denn der FC Gerolfing habe erst von ein paar Wochen den Bau eines Kunstrasenplatzes für ca. 400.000 Euro beschlossen.

Der Platz bemesse sich auf 40 Meter mal 60 Meter, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Jetzt bekomme man wieder vor Augen geführt, wie dringlich es sei, einen weitsichtigen und vorausschauenden Schulbauplan aufzustellen, betont Stadtrat Dr. Schickel. Dies habe man immer wieder gefordert. Es stünden die Sanierungen von mindestens zwei großen Gymnasien in den nächsten Jahren bevor, bei denen wahrscheinlich Containerlösungen mit in Erwägung gezogen werden müssten. Man gehe in die Planung einer weiteren Realschule und eines weiteren Gymnasiums, was bedeute, dass unverzüglich in die weiterführende Schullandschaft investiert und endlich ein entsprechender Schulbauplan aufzusetzen sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll entgegnet an Stadtrat Dr. Schickel gewandt, dass es einen Schulbauplan gebe.

Dies betreffe das Baureferat genauso wie den Kulturreferenten, erklärt Herr Engert. Ein Schulbauplan sei vorhanden, antwortet er an Stadtrat Dr. Schickel gewandt. Es gebe eine mittelfristige Finanzplanung, bei der sämtliche Schulbauten zeitlich eingetaktet seien. Die Ingolstädter Gymnasien seien für die Schülerzahlen aus Ingolstadt ausreichend, weshalb in Ingolstadt kein weiteres gebaut werde. Die fehlenden Gymnasialplätze beträfen Landkreisschüler. Dieses Problem könne nur gemeinsam mit den Landkreisen gelöst werden. Eine Realschule werde gebaut. Dafür sei bereits ein Grundsatzbeschluss gefasst worden. Aber auch die Grundstückssituation in Ingolstadt sei enorm schwierig, betont er. Bei der Sanierung des Apian-Gymnasiums gehe man davon aus, dass keine oder nur sehr wenige Container gebraucht würden, weil die Sanierung dann beginnen solle, wenn das Bauteil Nord frei ist. Dann sollte jeweils ein Bauteil saniert und das Freistehende genutzt werden, um die Schüler zu beschulen und dort möglichst eine Containernutzung zu vermeiden. Hinsichtlich der

Realschule sei man der Meinung, dass nach dem Auszug der Wirtschafts- und Tilly-Realschule am Brückenkopf, mit über 600 Schüler dort, eine neue Realschule gegründet werden könne, bis man den Neubau habe.

Zum einen habe man das Schulbauprogramm für die Neubauten, führt Herr Hoffmann aus, und die Mittelschulen und die Grundschulsanierungen seien in dem Schulbauplan miteingeplant. Im strategischen Immobilienmanagement habe man bei den Schulen den Bestand bewertet. Er kündigt an, dass dafür noch vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage kommen werde. Zur nächsten Lenkungskreisitzung sei bereits eingeladen worden, in der eine Reihenfolge der Schulsanierungen vorgeschlagen werde.

In der Vorlage müsste Kunstrasenspielfeld und nicht Rasenspielfeld stehen, findet Stadtrat Achhammer. Denn das habe zu Verwirrung geführt.

Es handle sich hierbei um einen Antragspunkt, antwortet Herr Schächtl an Stadtrat Achhammer gewandt, welcher noch nicht entschieden sei, weswegen man diesen neutral gestalten müsse. Der Mehrpreis für den Kunstrasen inklusive der Flutlichtanlage seien 187.000 Euro. Je die Hälfte der Kosten seien für den Kunstrasen und die Flutlichtanlage.

Für die sportliche Nutzung sei natürlich beides sehr wünschenswert, erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, wobei noch nicht ganz entschieden sei, ob die Flutlichtanlage im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung realisiert werden könne.

Stadtrat Reibenspieß weist daraufhin, dass bei der letzten Grafik der Vorlage, die beiden Spielfelder eingezeichnet seien und man daraus die Maße besser entnehmen könne. Das eine sei ein Allwetterplatz mit 20 Meter mal 28 Meter und das andere das Kunstrasenfeld mit 40 Meter mal 60 Meter, welches als Rasenspielfeld angegeben sei.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

8 . Namensgebung Neubau am Kavalier Dalwigk**Beratend****Antrag der FW-Stadtratsfraktion vom 03.02.2023****Vorlage: V0136/23**Antrag:

Die FW Stadtratsfraktion stellt für die Stadtratssitzung am 28.02.2023 folgenden Antrag:

1. Für das neue städtische Gebäude östlich vom Dalwigk an der Schloßlände wird ein prägnanter, eindeutiger und würdiger Name gesucht.
2. Die Namensgebung erfolgt rechtzeitig vor der Eröffnung – nach Vorlage verschiedener Varianten - durch einen Beschluss des Ingolstädter Stadtrates
3. Der Name wird am und im Gebäude öffentlichkeitswirksam angebracht und entsprechend veröffentlicht.

Begründung:

In Ingolstadt ist es, genau wie in anderen Städten, gute und sinnvolle Tradition, besonderen städtischen Gebäuden einen markanten und einprägsamen Namen zu verleihen, um die zukünftige eindeutige Verortung und eindeutige Identifikation zu ermöglichen.

Wir benennen Schulen und Gebäude nach Personen, die in einem geeigneten Zusammenhang mit der Stadt Ingolstadt und der Nutzung der Gebäude stehen. Dies verleiht den Objekten eine einmalige Adressbildung und Identifikation und bildet gleichzeitig einen historischen Bezug zur Stadtgeschichte beziehungsweise zu historisch bedeutenden Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Geschichte. Diese einmalige Chance sollten wir als Stadt Ingolstadt rechtzeitig vor der Eröffnung / Einweihung des Gebäudes ergreifen und dem Gebäude einen würdigen Namen verleihen, bevor umgangssprachlich, notgedrungen, irgendwelche Hilfsnamen entstehen und für Verwirrung sorgen. Deshalb ist unverzüglich mit der Namenssuche zu starten, um rechtzeitig vor der Einweihung / Eröffnung die Namensgebung im Stadtrat beschließen zu können.

Bei der Namenssuche wäre es vermutlich hilfreich, sich von unseren Stadtheimatspflegern oder anderen geeigneten Personen beraten zu lassen. Auch eine Namenssuche durch Vorschläge aus der Bürgerschaft wäre eine kreative Möglichkeit, um einen geeigneten Namen zu finden. Dabei ist auch auf eine bestmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu achten, denn den Dreigroschensee kennt nach vielen Jahrzehnten kaum einer in Ingolstadt.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0154/23**.*

Beratend**Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld)
Vorlage: V0154/23**Antrag:

1. Der Antrag der FW wird nicht weiterverfolgt.
2. Der Anbau (Neubau) am Kavalier Dalwigk erhält den Namen „Das Neue Dalwigk“.

*Der Antrag der FW-Stadtratsfraktion **V0136/23** und der Antrag der Verwaltung **V0154/23** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Es handle sich beim Neubau am Kavalier Dalwigk um ein öffentliches Gebäude von übergeordneter Bedeutung, so dass die Beschlussfassung über die Namensgebung dann letztlich im Stadtrat geschehe, erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld verweist auf die Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt. Links sei das Backsteingebäude Kavalier Dalwigk, in dem das digitale Gründerzentrum „brigk“ untergebracht ist und rechts daneben befindet sich der Anbau als Neubau, der im architektonischen Ensemble der Bauteile den Bauteil C und D darstelle. In diesem Teil werden künftig teilweise das brigk, die Technische Hochschule Ingolstadt (THI) und andere Institutionen untergebracht sein. Der Vorschlag der Stadtratsfraktion der Freien Wähler sei, dass man für den neuen Anbau am Kavalier Dalwigk einen unabhängigen Namen findet. Die Idee sei gewesen, dass das Gebäude z. B. nach einer historischen Persönlichkeit, die man mit Wissenschaft in Verbindung bringt, benannt werden könne oder damit in Verbindung stehen könne. Man tue sich keinen Gefallen, wenn der fest etablierte Name „Kavalier Dalwigk“, der auch erhalten bleiben solle, durch einen Namen einer historischen Persönlichkeit relativiert werde. Dadurch, dass der Gebäudekomplex nicht nur von einer Institution genutzt werde, habe man den Vorschlag gemacht, diesem historischen Namen eine Referenz zu erweisen und es in irgendeiner Form „Dalwigk“ zu nennen. Der Charakter des Neubaus werde durch den Namen „Das neue Dalwigk“ sichtbar.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld schlägt vor, den Antrag der FW-Stadtratsfraktion, einen eigenständigen historisierenden Namen zu finden, nicht weiterzuverfolgen. Stattdessen solle durch den Namen „Das neue Dalwigk“ das architektonische Ensemble in seiner Gesamtheit betont und diese historische Referenz an das Kavalier Dalwigk erwiesen werden.

Stadtrat Achhammer begrüßt den Namensvorschlag seitens Herrn Prof. Dr. Rosenfelds. Er möchte wissen, ob die zukünftige Gastronomie den gleichen oder einen eigenständigen Namen erhalten werde.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld antwortet an Stadtrat Achhammer gewandt, dass die Namensgebung der Gastronomie Angelegenheit des Pächters und der INKoBau, der das Gebäude gehöre und die die Restaurationseinrichtung verpachtet, sei. Er geht jedoch davon aus, dass man sich auch an dem Begriff "Kavalier Dalwigk" orientieren werde.

Im Grunde sei die Gastronomie frei in ihrer Namensfindung, jedoch wäre es schön, den Namen "Kavalier Dalwigk" mitaufzunehmen, teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll mit.

Gegen 2 Stimmen (Stadtrat Reibenspieß, Stadträtin Volkwein):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beschließend

- 9 . Ergebnis des Ideenwettbewerb zur Namensfindung für das ehemalige Gießereigelände
(Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld)
Vorlage: V0155/23**

Antrag:

Dem Vorschlag der Jury wird zugestimmt.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit sei beschlossen worden, dass die Vorlage im Ausschuss für Kultur und Bildung behandelt werden solle, berichtet Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Man habe sich bei der Durchführung des Ideenwettbewerbs an das, durch den Planungsausschuss festgelegte Verfahren, gehalten. Im Weiteren geht Herr Prof. Dr. Rosenfeld auf die Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, ein. Zu Folie 2 erklärt er, dass die Auslobung durch die sechs Kerninstitutionen erfolgte. Dies sei nach der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit mittels einer Pressemitteilung und einer öffentlichen Pressekonferenz der Stadt Ingolstadt, bekannt gegeben worden. Auch im Donaukurier, im TV Ingolstadt sei es Thema gewesen und in einer offiziellen Bürgerbeteiligungsplattform "Ingolstadt macht mit" habe man den Aufruf mit einer Frist

von zwei Wochen veröffentlicht, damit dort Vorschläge eingereicht werden konnten. Daraufhin seien von 807 Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge eingegangen, die teilweise identisch gewesen seien. Die Jurymitglieder hatten sich anschließend mit den Vorschlägen befasst, berichtet er zu Folie 3. Man hatte auch dem Wunsch aus dem Planungsausschuss entsprochen und zur Teilnahme an der Sitzung zur Behandlung der Vorschläge, alle Fraktionen und Ausschussgemeinschaften eingeladen. Damit sei auch die gewünschte Transparenz der Namensgebung hergestellt, erklärt Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Ungefähr 180 von den 807 Vorschlägen hatten mit dem Wort "Gießerei" gespielt, entweder als Namensbestandteil oder als Anspielung. Bei der Diskussion um den Namen sei man schnell der Meinung gewesen, "Alte Gießerei" oder "Gießerei" in irgendeiner Form in den neuen Namen einfließen zu lassen. Allerdings habe man dem Ganzen auch eine moderne und spielerische Anmutung geben wollen. Dabei sei über den Begriff "Campus", der zur Technischen Hochschule Ingolstadt (THI) passe, diskutiert worden, der jedoch aufgrund der anderen dort beherbergten Institutionen nicht passend wäre. Deswegen habe man sich auf den Begriff "Quartier" verständigt. "Quartier" sei ursprünglich die Übersetzung des deutschen Wortes Stadtviertel. Die ursprüngliche Assoziation sei "Wohnviertel". Nichtsdestotrotz gebe es viele Beispiele, bei denen der Begriff "Quartier" verwendet werde und über das reine Wohnen hinausgehe. Beispiele dafür seien das Museumsquartier, das Werksviertel, der große StartUp-Bereich am Ostbahnhof oder das kreative Quartier in München. So sei man auf "Quartier G" gekommen, wobei der Buchstabe "G" für die "Gießerei" stehe. Damit sei der Name "QUARTIER G – Alte Gießerei" entstanden, erklärt Herr Prof. Dr. Rosenfeld und bittet, sich nicht an der Groß- oder Kleinschreibung und dem Bindestrich zu stören, da die Ausarbeitung der Gestaltung Aufgabe einer Klasse des Studiengangs User Experience Design der THI sein solle. Morgen fange das neue Semester an. Am Schluss sollen Abschlussarbeiten präsentiert und ein Ergebnis für die gestalterische Umsetzung des Namens gefunden werden. Sinn der Aktion sei weniger gewesen, den Namen des Geländes im Volksmund anders zu benennen. Aber man wolle eine einheitliche Gestaltung, ein Leitsystem für das Gelände, eine gemeinsame Homepage, abgestimmte Veranstaltungen und dieses Areal zu einem belebten Teil der Stadt entwickeln, erklärt Herr Prof. Dr. Rosenfeld.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll berichtet, dass Stadtrat Stachel die späte Zusendung bzw. Freischaltung der Präsentation kritisiert habe. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit sei jedoch die Situation, dass die Unterlagen erst so knapp zur Verfügung gestellt werden können und letztendlich der

Kulturausschuss die Entscheidung dann treffen solle, bereits kommuniziert worden. Sie stellt klar, dass es sich um keine Namensgebung für eine öffentliche Einrichtung, Straße oder Brücke handle, für die man zuständig sei, wenn sie nicht stadtbezirksübergreifende Bedeutung hätte. Es gehe um keine förmliche Straßenbenennung, sondern um eine Art Marketingnamen. Schließlich seien viele verschiedene Eigentümer mitbeteiligt. Nach Meinung von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll würde ihr formell auch eine Kenntnisnahme reichen.

Es gehe nicht um die Benennung von Straßen und Plätzen, sondern um diesen Marketingnamen, stellt Herr Prof. Dr. Rosenfeld klar. Der Platz zwischen dem Museum für konkrete Kunst (MKKD) und der THI heiße Hochschulplatz, womit die Adresse des MKKD Hochschulplatz 1 laute. Der Platz zwischen dem Kongresszentrum und dem MKKD, heiße Gießereiplatz. Die Adresse vom Kongresszentrum sei damit Gießereiplatz 1. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit hatte er angekündigt, dass eine Tischvorlage kommen werde, da der Name nach der Jury-Sitzung erst auf Markenrechte geprüft werden musste. Gestern seien die Unterlagen per E-Mail extra an die Stadträte verschickt worden, damit eine Vorbereitung auf die Sitzung gewährleistet werden konnte, erklärt er.

Stadtrat Reibenspieß teilt mit, dass er noch Klärungsbedarf sehe und deswegen den Kompromiss seitens Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen anstatt eine Entscheidung zu treffen, annehmen wolle.

Die Kenntnisnahme sei im Grunde genommen, auch wenn das letztlich in Abweichung des Votums des Planungsausschusses erfolge, rechtlich durchaus eine Möglichkeit, erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. So könne man das Ergebnis des Ideenwettbewerbs wohlwollend oder weniger wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

Neue Namen in Ingolstadt einzuführen, sei wie die Vergangenheit zeige, immer etwas problematisch, führt Stadtrat Dr. Schickel aus. Ihm persönlich gefalle die Kombination aus modern und alt. Dieses Gelände habe sich aus einer militärischen Nutzung hin zu einer wissenschaftlich-künstlerischen Nutzung weiterentwickelt. Diese Verbindung im Namen auszudrücken, hält er für sehr gelungen. In dem Kontext sei ihm auch wichtig, dass die alte Gießerei tatsächlich erhalten bleibe, weil es ein identitätsstiftendes Gelände für die Stadt Ingolstadt sei. 600 Jahre Festungsgeschichte würden sich auf diesem Gelände widerspiegeln. Er bittet, die Geschichte des Geländes, die Entwicklung über 600 Jahre hinweg, sichtbar und nachvollziehbar darzustellen.

Der Bitte seitens Stadtrats Dr. Schickel, die Geländegeschichte in geeigneter Form sichtbar darzustellen, solle nachgegangen werden, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an ihren Vorredner gewandt. Vielleicht könne dies auch von historischen Vereinen oder der Stadtheimatpflege sinnvoll aufgegriffen werden. Sie stimmt Stadtrat Dr. Schickel zu, dass das ein besonderes Gelände sei.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld begrüßt den Vorschlag und teilt mit, dass es zu dem Thema bereits Gespräch gebe. Der Vorschlag habe großen Anklang bei der Museumsdirektorin des MKKD und des Stadtheimatpflegers, stellvertretend für die historischen Vereine und den Festungsverein, gefunden. Die Entwicklungsgeschichte könnte mittels Tafeln oder auch im virtuellen Raum digital in geeigneter Form sichtbar gemacht werden.

Gerade die Bedeutung des "G", im "Quartier G" werde hinterfragt, wodurch gleich nachgelesen werden könne und man sich somit mit der Geschichte des Gelände befasse, erklärt Stadträtin Hagn. Dies sei dann genau das Ergebnis, welches sich Stadtrat Dr. Schickel wünsche. Ihr gefalle die Kürze und die Modernität des Namens und sei auf die grafische Ausarbeitung des Studiengangs gespannt. Ihrer Meinung nach könne direkt eine klare Entscheidung getroffen werden.

Der Begriff "Gießereigelände" sei in der gesamten Berichterstattung von den ersten Ideen an, was daraus gemacht und geplant werden solle bis heute, immer enthalten gewesen, erinnert Stadtrat Dr. Schuhmann. Die SPD-Stadtratsfraktion sei mit dem Namen sehr zufrieden und froh, dass der historisch sehr bedeutende Begriff "Gießerei" darin enthalten geblieben sei. Er stimmt Stadtrat Dr. Schickel zu, dass man sich in Ingolstadt bei der Namensfindung von historischen Orten schwer tue. Wenn es in Ingolstadt Quartiere A, B oder C gebe, würde hinter dem Namen noch mehr Sinn stecken, jedoch sei man mit diesem Vorschlag absolut zufrieden.

An der Jurysitzung am 07.03.2023 habe sie nicht teilnehmen können, teilt Stadträtin Leininger mit, sei aber mit dem Ergebnis zufrieden. In der Altstadt habe man eine klassische Einteilung in die vier Quartiere, welche häufig mit Himmelsrichtungen bezeichnet würden. Osten werde gerne einfach mit einem "O" abgekürzt, weswegen das Quartier G tatsächlich eine bestimmte Nähe zur Altstadt aufweise.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt fest, dass darüber abgestimmt werden müsse, ob man heute eine Entscheidung treffe oder die Vorlage zur Kenntnis nehme. Formell gesehen müsse es nicht unbedingt beschlossen werden. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll lässt über die Qualität der Beschlussfassung, ob Entscheidung oder Kenntnisnahme ergehen soll, abstimmen, wobei das Ergebnis gegen eine Stimme auf die Entscheidung fällt.

Stadtrat Reibenspieß fragt an Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll gerichtet, ob es möglich sei, das Thema zurück in die Fraktionen zu geben.

Dadurch, dass die Gestaltung des Namens eine Aufgabe für die Studenten im nächsten Semester sein solle, das Thema von den anderen Fraktionen vorab der Sitzung behandelt werden konnte und die Mehrheit in der Lage sei, heute eine Entscheidung zu treffen, bittet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll dies zu akzeptieren. Sie stellt zur Abstimmung, ob über den Tagesordnungspunkt heute entschieden werden solle, welcher mit einer Gegenstimme von Stadtrat Reibenspieß, die Mehrheit findet. Hinsichtlich der rechtlichen Qualität gebe es keinen großen Unterschied, da man den Fall der Geschäftsordnung nicht habe.

Gegen 1 Stimme (Stadtrat Reibenspieß):

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -